



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 34834 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/96 - 28. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Politische Bilanz des Mikojan-Besuchs Status-quo-Denken beherrschte die Atmosphäre	84
3 - 4	Reichstagsauflösung in Schweden - Neuwahlen am 1. Juni Um die Pensionsreform	63
5 - 6	Ulbrichts 1. Mai 1958 Im Zeichen erhöhter Staatsausbeutung	68
7	Rüstungsunwillige Firma Krupp Absage an die bundesrepublikanischen Rüstungsseiferer	36

* * * * *
* * * * *

Politische Bilanz des Mikojan-Besuchs

sp - Von allen Arabesken und mehr oder weniger interessanten Auslegungen entkleidet, ergibt sich, nach dem bisherigen Verlauf des Mikojan-Besuchs in der Bundesrepublik zu urteilen, folgendes Bild: Die Regierung der Sowjetunion hält sich zunächst bei allen ihren Überlegungen zum Deutschland-Problem an den Status quo der Spaltung Deutschlands und Europas und besiegelt diese - von Moskau aus gesehen - "Realität" durch einen Handels- und Konsularvertrag mit dem deutschen Teilstaat Bundesrepublik.

Auf diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der deutsche Teilstaat Bundesrepublik Mitglied der NATO ist und dass die Mehrheit des Bundestages nach dem Willen der Regierung in Prinzip die atomare Ausrüstung der Bundeswehr beschlossen hat und nicht hiervon abzurücken gedenkt, beharrt die Sowjetunion - das hat Mikojan in Bonn ausdrücklich erklärt - auch ihrerseits auf den bisher schon bekannten Vorstellungen zur Lösung des Deutschland-Problems. Der Stellvertreter Chruschtschows sprach in diesem Zusammenhang von "Gesprächen mit Ulbricht" und von der Schaffung einer "Konföderation" beider deutscher Teilstaaten.

Wir haben also tatsächlich eine Status-quo-Situation, deren Auflockerung ausserordentlich schwierig sein dürfte. Mikojan hat bei seinen Erklärungen in Bonn und auf der Reise nach Hannover natürlich auch seinen Bedauern darüber Ausdruck gegeben, dass der Westen - einschliesslich der Bundesrepublik - den Rapacki-Plan (Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und Rückzug der ausländischen Truppen aus der Bundesrepublik, der Sowjetzone, der Tschechoslowakei und Polen) negativ beurteilt. Indessen bot er für den Fall des Verzichts der Bundesrepublik auf die atomare Bewaffnung eine Art Garantieabkommen zwischen Bonn und Moskau an, wonach die Bundesrepublik bei einem bewaffneten Konflikt zwischen Ost und West nicht Zielscheibe von sowjetischer Atomwaffen sein sollte; dies sogar dann, wenn die Bundesrepublik Mitglied der NATO bleibt. Über den praktischen Wert oder Unwert eines solchen Abkommens werden sich sicher die Experten noch ausführlich äussern.

Wesentlich interessanter ist jedoch der Hinweis Mikojans auf die Möglichkeit, im Rahmen der zu erwartenden Gipfelkonferenz auch das Problem eines deutschen Friedensvertrages zu erörtern. Wenn Worte einen Sinn haben, könnte dies heissen, dass die Sowjetunion gemeinsam mit den ehemaligen Siegermächten die gesamte Problematik der Entspannung der Situation in Europa im Zusammenhang mit Gipfelkonferenz-Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag sieht. Das würde wohl bedeuten, dass sie zunächst die Gewissheit einer Entspannungspolitik haben möchte, ehe sie neue Varianten in das internationale Gespräch über die Lösung des Deutschlandproblems bringt.

Hierbei scheint eines wesentlich zu sein: Solange die offizielle westdeutsche Politik alle diese Fragen nur als Funktion militärischer Konstruktionen sieht, wird sie wohl weiterhin mit dem Status-quo-Denken der Russen, mit der Forderung "Deutsche an einen Tisch" oder gar mit dem merkwürdigen Vorschlag einer "Konföderation" rechnen müssen. In dieser Beziehung war der Mikojan-Besuch aufschlussreich, wenn er auch kaum etwas Neues brachte.

Auf der Samstag-Pressekonferenz sagte Mikojan, den Russen sei in der Politik die deutsche Sprache wohl verständlich, aber es sei eine andere Sache, "wenn ihr ein ausländischer Akzent beigemischt ist." Als aufmerksamen Beobachter wird Mikojan, der zum ersten Mal in der Bundesrepublik, aber schon einige Male in Staate Ulbrichts war, nicht entgangen sein, dass dieser ausländische Akzent, um beim Bild zu bleiben, sich geographisch nicht begrenzen lässt. Für die grosse Mehrheit des deutschen Volkes tragen die Töne, die aus Pankow kommen, allzu starke ausländische Betonungen und verraten Zielsetzungen, die mit dem deutschen Interesse nicht gut in Einklang zu bringen sind. Es würde viel zu der auch von Mikojan so freimütig gewünschten Verbesserung des Klimas beitragen, wenn Moskau auf seine Filiale in Pankow mässigend einwirken könnte. Die deutschen Kommunisten haben sich in ihrer Geschichte noch niemals russischen Ratschlägen versagt; ein Ratschlag Mikojans während seines Zwischenaufenthaltes in Ostberlin würde gewiss einen wohltätigen Einfluss in dieser Richtung ausüben.

Aufschlussreich war ebenfalls die Diskussionsfreudigkeit Mikojans während seines Aufenthalts in Bonn. Wenn man von den vorbereiteten Erklärungen absieht, die alle eine ausdrückliche Warnung vor der stonaren Bewaffnung der Bundeswehr enthalten und im Inhalt und Tenor das Gleiche besagen, was auch schon früher in Moskau hierzu gesagt wurde, spürte man bei ihm doch deutlich den Willen, mit den Politikern der Bundesrepublik im Gespräch zu bleiben. Will man diese Bereitschaft fördern und will man das Status-quo-Denken der Russen auflockern - was normalerweise das Ziel jeder aktiven deutschen Ostpolitik sein müsste! - dann dürfte wohl ein ständiger enger Kontakt erforderlich sein. Fruchtlos würde aber sicher jeder Kontakt bleiben, wenn man das eigene Status-quo-Denken zur Maxime von Gesprächen mit sowjetischen Politikern erhebt. In dieser Beziehung ist schon vieles versäumt worden, und der politische Kuben der in Bonn unterzeichneten Verträge zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik wird erst dann sichtbar werden, wenn man das Versäumte schleunigst nachholt.

Reichstagsauflösung in Schweden - Neuwahlen am 1. Juni

R. H. Stockholm

Nach dreissigstündiger Debatte ist in der 2. Kammer des schwedischen Reichstages der sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Pensionsvorschlag von einer knappen bürgerlich-agrarischen Mehrheit abgelehnt worden. Der Reichstag wurde aufgelöst. Neuwahlen für die 2. Kammer sind für den 1. Juni ausgeschrieben.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht die Pensionsfrage. Bekanntlich besteht in Schweden seit Kriegsende eine staatliche Volkspension, welche jedem Staatsbürger vom 67. Lebensjahre an ohne Rücksicht auf seine Vermögenslage zusteht und die Alten vor Not bewahren soll. Der Reichstag hat einstimmig beschlossen, diese Volkspension zu erhöhen. Ab 1. Juli 1958 beträgt sie 3840 Kronen für Ehepaare bzw. 2400 Kronen für Alleinstehende (hierzu kommen für Minderbemittelte erhebliche Mätzzuschüsse der Gemeinden). Diese Volkspension soll bis 1960 allmählich auf 5400 Kronen für Ehepaare und 3600 Kronen für Alleinstehende erhöht werden, das sind 4320,- bzw. 2880,- DM. Gleichzeitig wurden auch die in das Volkspension-System eingebauten Pensionsbeträge für Witwen, Waisen und Invaliden entsprechend erhöht. Die Volkspension ist wertbeständig.

Gegenstand der Kampfableitung im Reichstag war nicht diese Volkspension, sondern eine zusätzliche Dienstpension, deren Höhe sich nach dem Einkommen richtet und zusammen mit der Volkspension nach erreichten 67. Lebensjahre ein Pensionseinkommen von ca. 65 Prozent des durchschnittlichen Höchsteinkommens der 15 besten Berufsjahre betragen soll. Auch diese Dienstpension soll wertbeständig sein. Die Finanzierung soll aus Beiträgen der Unternehmer erfolgen. Aus diesen Beiträgen sollen jedoch nicht nur die Pensionsleistungen bezahlt, sondern auch ein Pensionsfonds aufgebaut werden, welcher wesentlich zur Kapitalbildung in Schweden beitragen könnte und dessen Erträge die Pensionsbeiträge in späteren Jahren ermässigen

sollen. Unternehmer und freie Berufe sollen sich an dem System durch eigene Beiträge beteiligen können, deren Höhe nach den Steuergrundlagen bemessen würde. Diesen Berufsgruppen soll ein Austrittsrecht zustehen, ebenso reichsumfassenden Organisationen der Arbeitsmarkt-Partner, falls diese für die ganze Branche ein gleichwertiges Pensionssystem entwickelt haben.

Dieser sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Vorschlägen standen ursprünglich zwei Gegenvorschläge gegenüber, ein agrarischer und ein gemeinsamer Vorschlag der Liberalen und Konservativen. Bei der Auseinandersetzung im Reichstag schieden sich aber die Wege der beiden bürgerlichen Parteien. Die Konservativen haben sich der Auffassung der Agrarier genähert, die im wesentlichen die zusätzliche Dienstpension Privatsache jedes Einzelnen sein lassen wollen. Die Liberalen haben einen sehr unklaren Vorschlag unterbreitet, der eine ebenfalls gesetzlich verankerte Dienstpension, jedoch nach privater Versicherungsregeln mit wesentlich niedrigeren Leistungen als der sozialdemokratische Vorschlag und ohne Sicherung der Wertbeständigkeit darstellt.

Im Wahlkampf hoffen die Sozialdemokraten, die absolute Mehrheit zu erreichen, die ihnen die Möglichkeit gäbe, die Pensionsreform zu verwirklichen. Konservative und Liberale hoffen, die Agrarpartei, welche jahrelang mit den Sozialdemokraten zusammengearbeitet hatte, auf ihre Seite ziehen und mit ihr zusammen eine Koalitionsregierung gegen die Sozialdemokraten bilden zu können. Da jedoch zwischen diesen drei Parteien grosse Meinungsverschiedenheiten bestehen und die Sozialdemokraten in der von den Provinzvertretungen gewählten Ersten Kammer mit 78 von insgesamt 150 Mandaten eine solide Mehrheit haben, wären die Tage einer solcher Koalition von vornherein gezählt. In der bisherigen Zweiten Kammer verfügten die Sozialdemokraten über 106 Mandate, die Liberalen über 58, die Konservativen über 42, die Bauernpartei über 19 und die Kommunisten über sechs Mandate. Zweifellos muss mit einem sehr harten Wahlkampf gerechnet werden.

Ulbrichts 1. Mai 1958

E.Z., Berlin

Die Mai-Feiern, die in diesen Jahr in der Sowjetzone vorbereitet werden, beweisen deutlicher als die Beispiele aus den vergangenen Jahren, wie sehr der 1. Mai vom Ulbricht-Regime zu einem blossen Instrument der Durchsetzung der kommunistischen Parteiziele gemacht worden ist. Der von dem SED-Chef auf dem 15. ZK-Plenum gegen den Widerstand vieler Parteikreise durchgesetzte "harte" Kurs nicht nur auf ideologischen, sondern auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet findet seinen Ausdruck in den Mai-Kundgebungen dieses Jahres.

Es ist keine Überraschung, dass auch am 1. Mai 1958 auf den von der SED in Szene gesetzten Mai-Kundgebungen der Kampf der Arbeiterschaft gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und für eine Besserung des Lebensstandards durch höhere Löhne zum Schweigen verurteilt ist. Der 1. Mai in der Zone steht ganz im Zeichen des "Feldzuges der sozialistischen Taten" für den Ulbricht-Staat, der einen neuen Versuch unternommen hat, ähnlich wie vor dem 17. Juni 1953 ohne jede Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters die Produktion nicht nur zu steigern, sondern auch durch Senkung der Löhne zu verbilligen. Gibt es eine schlimmere Diffamierung des "Arbeiter-Kampftages" als z.B. die Anweisung der SED, dass in den Demonstrationen diejenigen Betriebsgemeinschaften besonders herausgestellt werden sollen, die die "grössten Beiträge" zu dem "Feldzug der sozialistischen Taten" zu verzeichnen haben, d.h. die im Rahmen des "sozialistischen Wettbewerbs" ihres Betriebes die Produktionsleistung erhöht und gleichzeitig durch Erhöhung der Arbeitsnormen sowie durch eine Überprüfung der Lohnsätze im Sinne einer Lohnsenkung dem Arbeitgeber Staat ein Opfer gebracht haben? Das alles läuft unter der SED-Parole der "Stärkung des sozialistischen Bewusstseins".

Wenn gleichzeitig das ZK der SED in seinem Aufruf zum 1. Mai 1958 den westdeutschen Arbeitern "brüderliche Grüsse" sendet, um ihren Kampf "gegen die Senkung des Lebensniveaus" zu unterstützen, so zeigt sich darin die ganze Heuchelei und die Verhöhnung, mit der der Pankower Arbeiterstaat der Bevölkerung begegnet. Den Arrangeuren des 1. Mai, die wie z.B. in Dresden die Betriebe mit den grössten Arbeiteropfern für den Ulbricht-Staat an der Spitze der Demonstrationen marschieren lassen, muss nicht ganz wohl zu Mute gewesen sein, als sie in der

Zonenpresse auch den Mai-Aufruf des "Weltgewerkschaftsbundes" notgedrungenenmassen veröffentlichen mussten, in dem der Kampf um Lohnerhöhungen und Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte proklamiert wird. Den Zonenarbeitern beizubringen, dass eine solche Parole selbstverständlich nur für die Arbeiterschaft in kapitalistischen Ländern gilt, wurde selbst von der SED von vornherein als unmöglich angesehen, so dass man Versuche in dieser Richtung unterliess.

Auch die zweite traditionelle Mai-Parole, der "Kampf für den Frieden", wird von der SED für die Propagierung ihres "harten" Kurses gegen die Arbeiterschaft unter völliger Verdrehung der Tatsachen ausgenutzt. Die Bundesregierung hat es mit ihrem Beschluss zur Atombewaffnung der Bundeswehr Pankow sehr leicht gemacht, gerade am 1. Mai für seine Zwecke daraus Nutzen zu ziehen. Die beste Antwort darauf, so heisst es, sei die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Jeder Arbeiter müsse auf diese Weise dem Staat die Gelder für entsprechende Schutzmaßnahmen in die Hand geben. So entlarvt sich Pankows "Kampf gegen die Atomwaffen", mit dem sich die SED so gern bei der westdeutschen Arbeiterschaft anbiedern möchte, als ein plumper Versuch, das zersetzte Ulbricht-Regime wenigstens wirtschaftlich zu stärken.

Die SED-Führung in Ostberlin muss den eigenen Arbeitern gegenüber den Eindruck erwecken, als ob Ulbrichts "Arbeiterstaat" gerade am 1. Mai besonderen Sympathiekundgebungen in westdeutschen Arbeiterkreisen begegnet. Der kommunistische FDGB in Dresden erhielt z.B. die Anweisung, 200 Arbeiter aus der Bundesrepublik nach Dresden auf die Reise zu bringen. Man wird dabei auf den Kreis jener Westdeutschen zurückgreifen, die bereits bei den berüchtigten "Leipziger Arbeiterkonferenzen" Ulbrichts als Statisten mitwirkten.

Auf der anderen Seite hat die SED für den 1. Mai alle Vorkehrungen getroffen, jede Rebellion mit Waffengewalt zu unterdrücken. In den Tagen vor dem 1. Mai mussten die SED-Kampfgruppen in den Betrieben wieder einmal Grossübungen durchführen. In Ostberlin z.B. wurden einigen zuverlässigen Kampfgruppen-Hundertschaften in öffentlicher Demonstration Maschinenpistolen ausgehändigt. Auch diese Seite gehört zum 1. Mai à la Ulbricht.

Rüstungsunwillige Firma Krupp

ler. Vor einiger Zeit hatte sich der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, in einem Brief an Bundesverteidigungsminister Strauss mit der Bitte gewandt, bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen die deutsche Industrie stärker zu berücksichtigen. Das Schreiben erweckte den Eindruck, als ob Fritz Berg für die ganze deutsche Industrie spreche. Dem ist aber nicht so. Grosse Teile der deutschen Schwerindustrie, die in der wilhelminischen Epoche und in den darauf folgenden Jahrzehnten ihr Heil und ihre Gewinnmöglichkeiten in Rüstungsaufträgen suchten, zögern heute, diesen leichten Ausweg aus sich anbahnenden oder künftigen Schwierigkeiten wieder zu gehen. Auch an ihnen ist die deutsche Katastrophe von 1945 nicht spurlos vorübergegangen.

Zu ihnen gehört auch die Firma Krupp mit ihren rund 54 000 Arbeitern und Angestellten. Bei einer Ehrung von 361 Jubilaren seines Unternehmens sagte der Firmenchef im Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung der Krupp-Werke folgenden Satz:

"Gerade an dieser Stelle möchte ich noch einmal in aller Form betonen, dass wir Erfolge nur mit der Produktion von Friedensgütern suchen. Waffen irgendwelcher Art beabsichtigen wir nicht herzustellen".

Wer die Geschichte dieser Firma kennt, - und wer kennt sie nicht, - kann an dieser Feststellung den grossen Wandel ablesen, den auch dieses Riesenunternehmen unterworfen ist. Einstmals galt der Name Krupp als Sinnbild der deutschen Waffentechnik, als potentielle Bedrohung für die ganze Welt. Lange hat sich dieser Mythos erhalten. Bei manchen Völkern wirkt er auch heute noch. In Australien z.B., das den derzeitigen Firmenchef recht unfreundlich empfing, als er es vor einiger Zeit besuchte. Die Krupp-Firma will jedoch heute nicht mehr das sein, was sie einst war. Sie leidet die Rüstungsproduktion und wirft sich stattdessen auf die Erzeugung von Waren und Gütern, die anderen Ländern helfen sollen, wirtschaftliche und technische Rückständigkeit zu überwinden. So ist es gewiss kein Zufall, dass sich die Firma Krupp bei der Erschliessung des indischen Marktes als Pionier betätigt und auch sonst bestrebt ist, in diesen Teilen der Erde dem deutschen Namen durch Lieferung höchster deutscher Qualitätswaren wieder einen guten Klang zu verschaffen. Der Wohlfahrt der Krupp-Arbeiter und dem Ansehen unseres Volkes ist damit besser gedient.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel